

28. November 2024

# Venezuela: Folter, willkürliche Inhaftierung und Missbrauch von Dutzenden von Kindern erfordern ein Eingreifen der internationalen Justiz

übersetzt von der Chile/Venezuela Kogruppe. Verbindlich ist das Original:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2024/11/venezuela-tortura-abusos-contra-ninos-ninas/>

Amnesty International hat heute neue Recherchen veröffentlicht, die die willkürliche Inhaftierung, Folter, Misshandlung und grobe Verletzung des Rechts auf ein faires Verfahren von sechs Kindern in Venezuela aufdecken. Dies geschah zwischen dem 29. und 31. Juli nach den Wahlen während des gewaltsamen Vorgehens gegen Andersdenkende durch die Regierung von Nicolas Maduro. Vier Monate später sind immer noch mindestens 198 Kinder entweder zu Unrecht inhaftiert, werden unter erfundenen Anschuldigungen angeklagt oder leiden unter den schwerwiegenden psychischen und physischen Folgen von Misshandlungen durch die venezolanischen Behörden. In Anbetracht dieser Situation sagte die **Generalsekretärin von Amnesty International, Agnès Callamard:**

**„Wenn es um den Schutz und die Achtung der Menschenrechte geht, haben wir von der Regierung von Nicolas Maduro das Schlimmste zu erwarten. Kinder zu inhaftieren, zu foltern, zu verfolgen und zu bestrafen überschreitet eine Grenze, die kein Staat jemals überschreiten sollte. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung und Wiedergutmachung für alle Kinder, die derzeit unter der endlosen Grausamkeit der venezolanischen Behörden leiden.**

Es ist unverzeihlich, dass sich unter den Tausenden von Opfern der jahrzehntelangen Unterdrückungs- und Verfolgungspolitik von Nicolas Maduro nun fast 200 Kinder befinden. Während Dutzende von ihnen sich nach wie vor zu Unrecht unter unmenschlichen Bedingungen in Haft befinden, wurden zwar andere unter Auflagen freigelassen, werden aber weiterhin unter dem Vorwand der Strafverfolgung angeklagt. Die Geschichten, die wir gehört haben, sind einfach erschütternd. Alle diese Kinder werden noch jahrelang mit den unvorstellbaren Narben ihrer Erlebnisse zu kämpfen haben.

Diese Rechtsverletzungen und Verbrechen gegen Minderjährige durch die Regierung Maduro sind Teil der weit verbreiteten und systematischen Verletzungen des Rechts auf persönliche Unversehrtheit und Freiheit sowie des Rechts auf ein faires Verfahren. Da Amnesty International und andere zivilgesellschaftliche Organisationen neue und dunklere Abgründe dieses Machtmissbrauchs offenlegen, sollten sich Staaten auf der ganzen Welt dem weltweiten Aufschrei anschließen und die Achtung der Menschenrechte in Venezuela fordern, angefangen bei den Rechten der Kinder. Sie sollten auch - öffentlich, privat und finanziell - die laufenden Ermittlungen der Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs, alle strafrechtlichen Untersuchungen nach dem Prinzip der universellen Zuständigkeit und die strenge Prüfung durch die UN-Ermittlungsmission unterstützen.“

## Hintergrundinformationen:

Venezuela leidet seit mindestens zehn Jahren unter einer tiefen und multidimensionalen Menschenrechtskrise. In dieser Zeit hat Amnesty International schwere Menschenrechtsverletzungen und auch Verbrechen nach dem Völkerrecht, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sowie eine anhaltende komplexe humanitäre Notlage angeprangert, die mehr als

25% der Bevölkerung des Landes zur Flucht ins Ausland gezwungen hat.

Die jüngsten Untersuchungen von Amnesty International zeigen ein besonders alarmierendes Element des jüngsten Vorgehens der Regierung gegen Andersdenkende nach den Protesten gegen die Ausrufung von Nicolas Maduro zum Wahlsieger am 28. Juli. Nach den Präsidentschaftswahlen und der Bekanntgabe der umstrittenen und unveröffentlichten Ergebnisse haben die venezolanischen Behörden ihre Repressionspolitik auf breiter Ebene verstärkt. Im ersten Monat nach der Wahl haben die Behörden nach offiziellen Angaben über 2.000 Verhaftungen vorgenommen, zusätzlich zu den Hunderten, die bereits vor dem 28. Juli willkürlich festgenommen worden waren. Es ist davon auszugehen, dass all diese Verhaftungen und noch andauernden Inhaftierungen willkürlich und Teil der langjährigen Repressionspolitik der Regierung Maduro gegen jeden Verdacht auf abweichende Meinungen sind.

Neben diesem beispiellosen Anstieg politisch motivierter willkürlicher Verhaftungen, von denen nicht nur Kinder, sondern auch Menschen mit Behinderungen betroffen waren, umfasste das harte Vorgehen auch rechtswidrige Tötungen, weitere glaubwürdige Berichte über Folter, das Verschwindenlassen von Personen, weit verbreitete Angriffe auf die Zivilgesellschaft, Repressalien gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen und grobe Verstöße gegen die Garantien eines fairen Verfahrens.

Die unabhängige internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Venezuela (Fact Finding Mission) hat Hunderte von Fällen von außergerichtlichen Hinrichtungen, gewaltsamem Verschwindenlassen, willkürlichen Verhaftungen, Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung, die seit 2014 in dem Land begangen wurden, sowie die Art und Weise, in der das Justizsystem als Instrument für die Repressionspolitik der Regierung dient, gründlich dokumentiert. Der Bericht 2024 kommt zu dem Schluss, dass es „hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass im vergangenen Jahr das Verbrechen der Verfolgung aus politischen Gründen begangen wurde“.

Seit November 2021 führt die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs eine strafrechtliche Untersuchung der Situation in Venezuela durch, die sich auf die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Freiheitsberaubung oder anderer schwerwiegender Formen des Entzugs der körperlichen Freiheit (...); Folter (...); Vergewaltigung und/oder andere Formen sexueller Gewalt von vergleichbarer Schwere (...); und politisch motivierte Verfolgung von inhaftierten Personen (...), die mindestens seit April 2017 von Mitgliedern der staatlichen Sicherheitskräfte, zivilen Behörden und regierungsnahen Personen (oder Gruppen, die „Collectivos“ genannt werden) begangen wurden.

**Bericht:** <https://www.amnesty.org/en/documents/amr53/8783/2024/en/>

Für weitere Informationen oder um ein Interview zu vereinbaren, wenden Sie sich bitte an [press@amnesty.org](mailto:press@amnesty.org)